

# Neoliberalism Meets Political Economy – Politikversagen, Entdemokratisierung und die vergebliche Hoffnung auf Governance in der Zweiten Moderne

Peter Weichhart

Universität Wien, Institut für Geographie und Regionalforschung, Universitäts-  
str. 7/5, A-1010 Wien, E-Mail: peter.weichhart@univie.ac.at

**Zusammenfassung.** Im Verlaufe des Globalisierungsprozesses und der damit verbundenen tief greifenden Umstrukturierung unserer sozioökonomischen und politischen Systeme haben die Weltgesellschaft und ihre Teilsegmente in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten Entwicklungspfade eingeschlagen, die von vielen kritischen Autoren wohl zu Recht als bedenklich oder gar gefährlich eingeschätzt werden. Zu diesen Entwicklungstendenzen zählen die dramatische Zunahme sozialer und regionaler Disparitäten, die radikale Emanzipation der Geldwirtschaft von der Realökonomie, die auf allen Maßstabsebenen (global, regional und lokal) wirksam werdende Entdemokratisierung bedeutsamer Entscheidungen, die Krise der Arbeit, die Erosion der Menschenrechte und der sozialen Netzwerke sowie nicht zuletzt die Verschärfung so genannter Umweltprobleme.

Der Autor unternimmt den Versuch, einige der wichtigsten ideologischen Hintergründe und Rahmenbedingungen für derartige Entwicklungstendenzen zu skizzieren und exemplarisch zu belegen. Als wichtige Determinanten der angesprochenen Prozesse werden auf der Steuerungsebene der Werthaltungen und Ideologien der Neoliberalismus und die normative Dominanz der neoklassischen Ökonomie identifiziert.

In der Folge wird gezeigt, dass die auf der Grundlage derartiger Werthaltungen in Gang gesetzte Entwicklungsdynamik durch bestimmte Rahmenbedingungen, die aus den aktuellen Strukturen der politischen Ökonomie ableitbar sind, sehr erheblich verstärkt, verfestigt und geradezu potenziert wird. Zugespitzt auf eine politikökonomische These, lassen sich diese Rahmenbedingungen wie folgt umschreiben: „Politiker agieren *nicht*, um Probleme zu lösen. Die primäre Intentionalität ihres

Handelns liegt in der Produktion *politischer Güter zweiter Ordnung*. Zu den wichtigsten politischen Gütern dieser Kategorie zählen Wählerstimmen, Budgetverfügbarkeit, Nutzen für das eigene Klientel und Macht.“ Aus dieser Maxime politischen Handelns resultieren in Kombination mit den aktuell wirksamen generellen Werthaltungen, Ideologien und Doktrinen die eingangs angesprochenen gefährlichen Entwicklungspfade unserer Gesellschaftssysteme.

Zur Lösung dieser Problemlagen wird immer wieder auf die Notwendigkeit einer generellen Ethikdiskussion und der Implementierung zivilgesellschaftlicher Regelungssysteme im Sinne des *Governance*-Konzepts verwiesen. Im letzten Abschnitt werden einige Argumente besprochen, vor deren Hintergrund derartige Lösungsvorschläge eher skeptisch beurteilt werden müssen.

**Schlüsselwörter.** Neoliberalismus. Politische Ökonomie. Politische Güter. Soziale Disparitäten. Ethik. Governance.

## Fragestellung

Es fällt mir heutzutage bei der Betrachtung der Weltlage sehr schwer, *nicht* an Verschwörungstheorien zu denken. Wenn man an die Sinnhaftigkeit der Aufklärung, den emanzipatorischen Nutzen der Vernunft und die Universalität der Menschenrechte glaubt, dann erscheinen mir die gegenwärtig zu beobachtenden Entwicklungspfade der Menschheitsgeschichte dermaßen erschreckend und hoffnungslos, dass man fast geneigt ist, das vorsätzliche Wirken des Bösen oder irgendwelcher dunkler Mächte zu vermuten.

Natürlich weiß ich, dass das Unsinn ist. Denn in Wahrheit – und das ist meine Ausgangsthese – handelt es sich bei den aktuellen globalen Krisensyndromen um die unausweichlichen Konsequenzen einer klaren Systemrationalität der Ökonomie und der Politiksysteme, deren Handlungslogiken heute geradezu perfekt aufeinander abgestimmt sind. Für beide Systeme gilt als zentrales Steuerungssystem auf der Werteebene seit etwa drei Jahrzehnten und mit zunehmender Wirksamkeit eine Doktrin, die – vor allem von ihren Kritikern – etwas unscharf als *Neoliberalismus* bezeichnet wird. Meine zweite These lautet, dass der hohe Wirkungsgrad des Neoliberalismus damit zu erklären ist, dass er in besonderem Maße den Erfordernissen der Politischen Ökonomie entgegenkommt.

Unter *Politischer Ökonomie* verstehe ich in Anlehnung an Bökemann (1982) einerseits den Prozess der Produktion politischer Güter und

andererseits jene ökonomischen Theorien, welche diesen Prozess beschreiben und erklären. Politische Ökonomie erklärt dabei unter anderem den *Nutzen oder den Ertrag*, welche politische Aktivitäten für die Herrschenden, also die Politiker selbst, produzieren.

Ich möchte in meinen Überlegungen folgende Themen und Fragen behandeln: Zunächst will ich einige wichtige Elemente der gegenwärtigen Krisensituation auflisten. Hier kann ich mich sehr kurz halten, denn darauf wurde bereits in mehreren Referaten dieser Tagung und im Einladungspapier von Bruckmeier und Serbser (2006) eingegangen. In den nächsten Abschnitten möchte ich in knapper Form den Neoliberalismus besprechen. Dabei werden die eigenartigen Diskrepanzen und Widersprüche zwischen seiner *ethischen Begründung* und seinen realen Konsequenzen erörtert.

Mit der nächsten Frage begeben mich in einen Widerspruch zu den meisten anderen Autoren dieses Bandes. Ich werde nämlich einige Argumente vorbringen, die geeignet erscheinen, gewisse Zweifel an der Problemlösungskompetenz einer neuen Ethik aufkommen zu lassen. Im letzten Punkt möchte ich – ebenso kritisch – auf Lösungsvorschläge eingehen, die unter dem Schlagwort *Governance* (als Gegenbegriff zu Government) so etwas wie eine zivilgesellschaftliche Problembehandlung vorsehen.

Wie sieht also die Symptomlage der aktuellen Situation der Menschheitsgeschichte aus? Schlagwortartig verkürzt, keineswegs erschöpfend und mit Bezug auf die bei Bruckmeier und Serbser (2006) angesprochenen Gegebenheiten ließen sich hier etwa folgende Punkte anführen:

- Globalisierung – eine Einbahnstraße?
- Entdemokratisierung bzw. Übergang von der repräsentativen Demokratie zu einer Art Pseudodemokratie
- dramatische Zunahme sozialer und räumlicher Disparitäten
- „Kapitalakkumulation durch Enteignung“
- Privatisierung des Nutzens, Sozialisierung des Schadens
- Kostenexternalisierung zulasten des Gemeinwohls
- dramatische Verschärfung der Umweltprobleme

Im Folgenden sollen einige Belege für die Existenz und das Ausmaß derartiger Phänomene vorgelegt und Überlegungen angestellt werden, welche Zusammenhänge zwischen ihnen bestehen.

## Globalisierung und die Symptome der Krise

Globalisierung ist ein Phänomen, das sich zunächst einmal als empirisch fassbarer Prozess völlig wertneutral beschreiben lässt. Mit Giddens (1995: 85) kann man Globalisierung begreifen als „... eine Intensivierung weltweiter sozialer Beziehungen, durch die entfernte Orte in solcher Weise miteinander verbunden werden, dass Ereignisse an einem Ort durch Vorgänge geprägt werden, die sich an einem viele Kilometer entfernten Ort abspielen, und umgekehrt.“ Globalisierung ist dabei nichts wirklich Neues. Vergleichbare Phänomene gab es schon in der Antike und (wie im Beitrag von Serbser in diesem Band angesprochen wird) davor. Spätestens seit dem Wirken der Ostindischen Handelskompanien ist sie weltumspannende Realität. Allerdings haben Globalisierungsphänomene in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten eine vormals nicht geahnte Qualitäts- und Intensitätssteigerung erfahren.

Sehr wichtig ist in unserem Zusammenhang die Unterscheidung zwischen *Globalität* und *Globalismus*. Unter Globalität (als Ergebnis des Prozesses der Globalisierung) kann man mit Beck (1997: 26–29) das Leben in der Weltgesellschaft und alle empirisch fassbaren Globalisierungsphänomene verstehen. Globalismus hingegen bezeichnet eine Ideologie, mit der die Auffassung vertreten wird, Globalisierung würde zur besten aller Welten führen, weil nun endlich der Markt, und zwar der Weltmarkt, als übergeordnetes Regulierungs- und Koordinationsmedium wirksam werden kann. Der Globalismus markiert die Kernthese des Neoliberalismus. Beck formuliert das so:

„Mit *Globalismus* bezeichne ich die Auffassung, dass der Weltmarkt politisches Handeln verdrängt oder ersetzt, d. h. die Ideologie der Weltmarktherrschaft, die Ideologie des Neoliberalismus. Sie verfährt monokausal, ökonomistisch, verkürzt die Vieldimensionalität der Globalisierung auf eine, die wirtschaftliche Dimension, die auch noch linear gedacht wird, und bringt alle anderen Dimensionen – ökologische, kulturelle, politische, zivilgesellschaftliche Globalisierung – wenn überhaupt, nur in der unterstellten Dominanz des Weltmarktsystems zur Sprache“.

(Beck 1997: 26)

Beck stellt hier in aller Deutlichkeit ein wesentliches Merkmal der *Zweiten Moderne* in den Vordergrund:

„Der ideologische Kern des Globalismus liegt (...) darin, dass hier eine Grunddifferenz der Ersten Moderne liquidiert wird, nämlich die zwischen Politik und Wirtschaft. Die zentrale Aufgabe der Politik, die rechtlichen, sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen abzustecken, unter denen wirtschaftliches Handeln überhaupt erst gesellschaftlich möglich und legitim wird, gerät aus dem Blick oder wird unterschlagen“.

(Beck 1997: 26 f.)

Wenn wir uns den empirisch darstellbaren Prozess der Globalisierung vor diesem Hintergrund ein wenig genauer ansehen, wird klar, dass es wegen dieser Dominanz der ökonomischen Dimension eine Reihe von Einseitigkeiten und Selektionsbarrieren gibt. Der Globalisierungsprozess scheint eine Einbahnstraße zu sein.

Geradezu perfekt wurde im Gefolge von Bretton Woods und bis zur Gegenwart mit zunehmender Wirksamkeit die Geldwirtschaft globalisiert. Sie hat sich in der Zwischenzeit von der Realökonomie weitestgehend emanzipiert oder entkoppelt und einen dominant spekulativen Charakter angenommen. Im Vergleich zur gegenwärtigen Geldwirtschaft sind Spielcasinos geradezu moralische Anstalten. Der aktuelle BAWAG-Skandal in Österreich zeigt, dass auch die Topmanager einer Gewerkschaftsbank gegen die Verlockungen dieses Casino-Kapitalismus nicht gefeit sind. Immer stärker wird auch der Abbau von Handelsbeschränkungen und von Barrieren bei der Globalisierung von Dienstleistungen vorangetrieben.

Demgegenüber halten sich das Globalisierungstempo und die Effizienz einer globalen Implementierung in vielen anderen Bereichen in sehr engen Grenzen. Bei den Menschenrechten, beim Natur- und Klimaschutz oder der Verwirklichung von Minderheitenrechten lässt sich ein mit der Ökonomie vergleichbarer Globalisierungsdruck gewiss nicht erkennen.

Zu den auffälligsten und dramatischsten Folgen der Globalisierung zählt die Verschärfung sozialer und räumlicher Disparitäten. Der Fordismus als Leitformation der Ersten Moderne und sein Komplement im Politikbereich, der Sozialstaat, waren in ihrem Zusammenwirken eine *generelle* Wachstumsmaschine. In dieser Formation kam es durch die Verkoppelung von Produktivitätsgewinnen der Betriebe mit der Kaufkraftsteigerung der unselbständig Beschäftigten und den Transferleistungen des Staates zumindest tendenziell zu einem sozialen wie räumlichen Ausgleich. Disparitäten wurden eher abgebaut (vgl. dazu Weichhart 1997 und Weichhart, Fassmann und Hesina 2005: 85-88 sowie die dort angeführte Literatur). Allerdings führte dieser Wachstumsdruck auch zu einer dramatischen Verschärfung und einem ersten Höhepunkt des Umweltproblems.

Im Vergleich dazu ist die Formation des Postfordismus eine *selektive* Wachstumsmaschine. Die heute zu beobachtende Umverteilung geht von unten nach oben, von Arm nach Reich. Disparitäten werden in zunehmendem Maße verschärft. Der Staat zieht sich immer mehr aus seiner sozialen Verantwortung zurück (Nachtwächter- und Suppenküchenstaat) und scheint sich primär der Aufgabe verpflichtet zu fühlen,

eine friktionsfreie Verwirklichung des neoliberalen Turbokapitalismus zu ermöglichen. Zwar können die Verfechter des Neoliberalismus darauf verweisen, dass die Umsetzung ihrer Doktrin zu einem neuen Wachstumsschub geführt habe, eine genauere Betrachtung macht aber klar, dass dieses Wachstum insgesamt eher bescheiden ausfällt und nur wenige ökonomische Akteure davon profitieren (vgl. Harvey 2005a: 31/32). Diese wenigen Nutznießer streichen dafür aber besonders hohe Renditen ein.

Die Folgen der dadurch in Gang gesetzten Entwicklung lassen sich in der in Abbildung 1 dargestellten Weltkarte des Bruttosozialprodukts veranschaulichen.

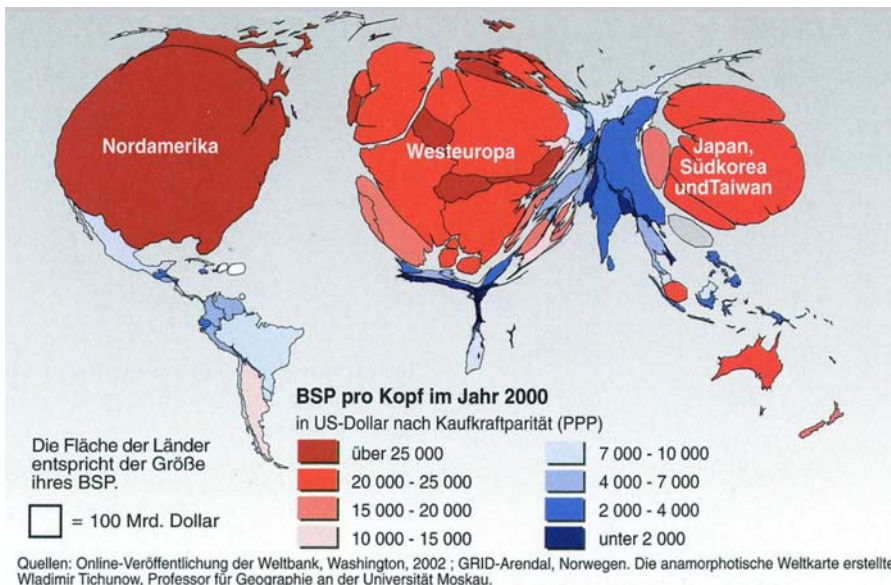


Abbildung 1: Die Triade (Quelle: Atlas der Globalisierung, 2003: 47)

Die Fläche der Staaten ist in dieser Darstellung proportional zur Größe ihres Bruttosozialprodukts gleichsam *aufgeblasen*. Die Farben kennzeichnen das BSP pro Kopf der Bevölkerung. In unmissverständlicher Deutlichkeit wird hier die Macht der so genannten *Triade* erkennbar. Nordamerika, Europa und Japan mit Südkorea und Taiwan sind die Zentren, in die der Reichtum fließt. Der Rest der Welt ist im Sinne der Kapitalakkumulation die vernachlässigbare Peripherie und dient ausschließlich als Quelle von Ressourcen und kostengünstigster Arbeitskraft. Ganz Afrika ist zu einer Art Wurmfortsatz der Globalökonomie verkümmert, und selbst Bevölkerungsriesen und Wachstumskaiser wie

Indien und China werden in ihrer inferioren Bedeutung gegenüber der Triade klar positioniert.

Die Karte täuscht jedoch innerhalb der Triade eine hohe Homogenität prosperierenden Reichtums vor, was der Realität aber keineswegs entspricht. Auch innerhalb der Triade lassen sich nämlich auf einem niedrigeren Auflösungs-niveau räumliche Disparitäten größter Spannweite erkennen. Selbst in den Global Cities und in den reichsten Industriestaaten existiert eine patchworkartige Struktur, bei der Arm und Reich in unmittelbarer räumlicher Nachbarschaft aneinander grenzen. Der Anteil der „ausgegrenzten Restwelt“ und des „Meeres der Armut“ ist dabei erschreckend hoch (vgl. Abbildung 2). Die „Theorie der globalen Fragmentierung“ (Scholz 2005) betont die dramatische Zunahme der räumlichen Disparitäten und demonstriert die geradezu punktuelle Konzentration von Macht und Kapitalakkumulation.

#### Modell der globalen Fragmentierung

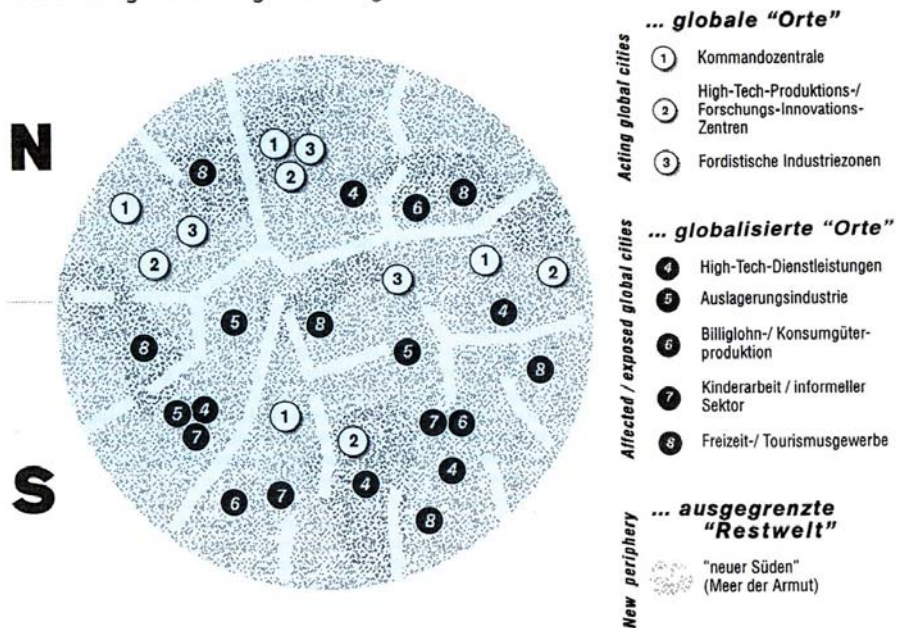


Abbildung 2: Globale Fragmentierung (Quelle: Knox und Marston 2001: 599)

Sehen wir uns eines der reichsten Länder der Welt an, nämlich Deutschland. Das Diagramm in Abbildung 3 (nächste Seite) zeigt, dass die untere Hälfte der Haushalte in diesem Staat weniger als 4% des Gesamtvermögens besitzt. Das oberste Perzentil der Haushalte kann hingegen fast die Hälfte des gesamten Vermögens in diesem Land für sich

beanspruchen. Diese Relation verschärft sich kontinuierlich jedes Jahr. Ein Blick in die verschiedenen *Armutserichte* und ähnliche Studien zeigt, dass eine vergleichbare Situation auch in den meisten anderen hoch entwickelten Staaten gegeben ist.

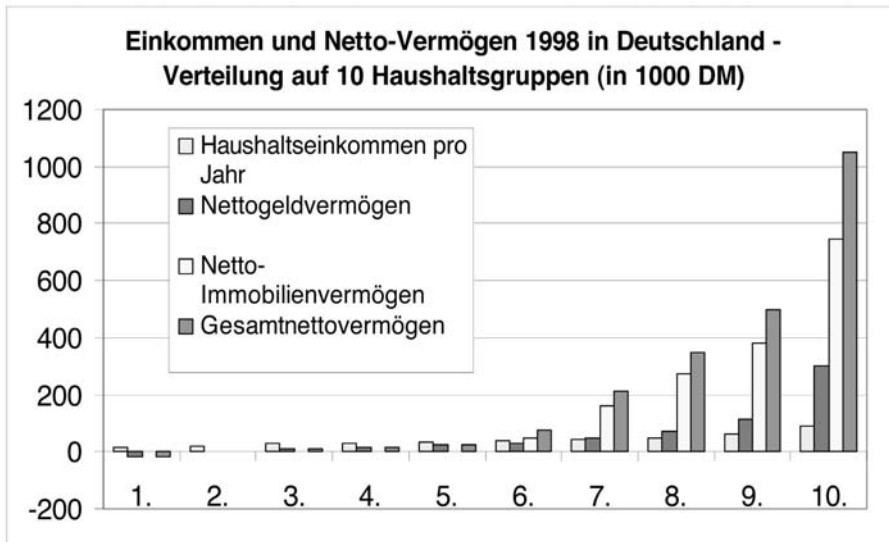


Abbildung 3: Vermögensdisparitäten in Deutschland (nach: Creutz 2001: 35, Quelle: Gelbmann 2002)

Auch Österreich zählt zu den reichsten Ländern der Welt. Im letzten „Bericht über die soziale Lage 2003–2004“ (Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz 2005: 237–251) finden sich im Abschnitt *Reichtum in Österreich* die Ergebnisse einer Modellrechnung, mit deren Hilfe die funktionellen Vermögens-einheiten in Österreich, differenziert nach Geldvermögen, Immobilienvermögen und Unternehmensvermögen, geschätzt werden können. Abbildung 4 scheint auf den ersten Blick eine geradezu perfekte Gleichverteilung zu demonstrieren. Die Legende zeigt hingegen, dass die Obersten 10% der Österreicher im Jahr 2002 mehr als doppelt so viel Vermögen besitzen als die restlichen 90%. Die Reichen (oberste 1%, ca. 66.000 funktionale Vermögen) besitzen mehr als die Untersten 90%. Die durchschnittlichen Pro-Kopf-Vermögen des obersten Prozents sind dabei fast hundert Mal höher als jene von 90% der Bevölkerung (Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz 2005: 248). Die beiden Darstellungen sind nicht direkt vergleichbar, weil in den Daten über Österreich auch der Vermögensstyp „Unternehmen“ inkludiert ist.



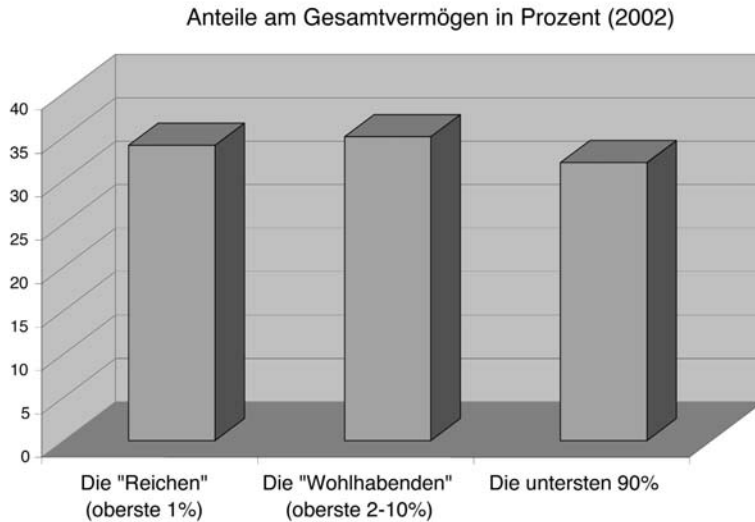


Abbildung 4: Vermögensdisparitäten in Österreich (Quelle: Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz 2005: 248)

Die "Task Force on Inequality and American Democracy" der American Political Science Association (2004) hat auf das Besorgnis erregende Ausmaß verwiesen, in dem der Anteil des Einkommens des obersten Promille der Amerikaner seit Beginn der 1980er-Jahre angewachsen ist (Abbildung 5, nächste Seite). Ende der 1970er-Jahre verfügte das oberste Promille der Bevölkerung über etwa 2% der Einkommen, 1998 lag dieser Anteil bei 6% und hat sich damit in den knapp 30 Jahren der postfordistischen Formation verdreifacht.

## Die Operation Peso Shield als Beispiel

An einem bekannten und oft zitierten Beispiel, der Peso-Krise 1995/96 und der Operation Peso Shield, lassen sich die Dynamik der Ausbildung solcher Disparitäten und die Rolle, welche die Politik und neoliberal ausgerichtete ökonomische Institutionen dabei spielen, exemplarisch veranschaulichen (vgl. Martin und Schumann 1997).

Im Dezember 1995 wurde von Regierungssprechern die Notwendigkeit einer Abwertung der mexikanischen Währung bekannt gegeben. Es kam zu einer Panikreaktion bei den Anlegern bisher als sicher geltender mexikanischer Schuldverschreibungen und Anleihen, denn ihrem Vermögen drohte dadurch ein massiver Wertverlust. Mexikanische Werte

wurden in großer Menge verkauft. Dadurch sank der Peso in kürzester Zeit sogar um 30%. Die amerikanische Regierung kündigte darauf eine Kreditgarantie in der Höhe von 40 Milliarden Dollar an. Dennoch eskalierte die Krise. Der Pesokurs gab trotz Stützung weiter nach, und die Währungen anderer Schwellenländer gerieten ebenfalls unter Druck. Der mexikanische Finanzminister berichtete Ende Jänner, dass die Dollarreserven seines Landes aufgebraucht seien.

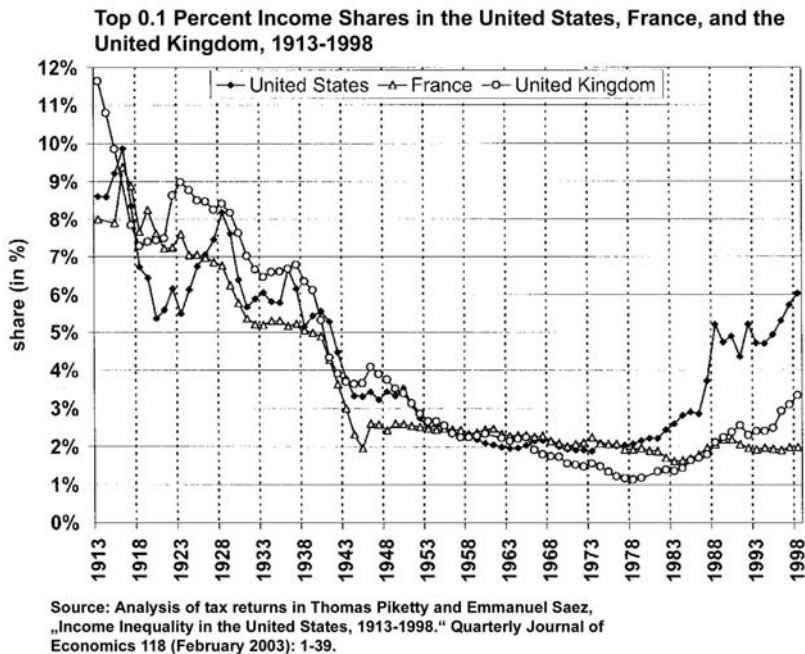


Abbildung 5: Entwicklung der Einkommensdisparitäten in den USA, Frankreich und im United Kingdom (Task Force on Inequality and American Democracy, 2004: 3).

Weil Präsident Clinton für den geplanten Kredit keine Mehrheit im Kongress erwarten konnte, setzte er den mit 20 Milliarden Dollar ausgestatteten Krisenfonds der Regierung ein, über den er ohne weitere Kontrolle durch demokratische Institutionen autonom verfügen konnte. Auch der IWF hatte bereits mit fast 8 Milliarden Dollar interveniert. Auf Drängen der Clinton-Administration gewährte der damalige Chef des IWF, Michel Camdessus, unter Umgehung der vorgesehenen Konsultationsmechanismen in einer einsamen Entscheidung weitere 10 Milliarden Dollar an Stützungsgeldern. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich beteiligte sich ebenfalls mit einer namhaften Summe.

Es handelte sich auch hier um eine einsame Entscheidung des leitenden Managers. Am 31. Jänner 1996 konnte Clinton bekannt geben, dass auch ohne Genehmigung des Kongresses ein Stützungskredit von 50 Milliarden Dollar für den angeschlagenen Peso zur Verfügung stehe. Die Krise war bewältigt.

Viele Kommentatoren waren sich einig, dass die Operation Peso Shield tatsächlich eine schwere Finanzkrise der Entwicklungs- und Schwellenländer verhindert hatte. Genauso war man sich aber auch darüber einig, dass mit diesem Coup ein Freikauf von Anlegern stattgefunden hat, die sich verspekuliert hatten. Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, kritisierte, es sei eigentlich „nicht einzusehen, warum die Steuerzahler den Investoren die hohen Renditen [auf die mexikanischen Schuldtitel] noch nachträglich garantieren mussten“. Willem Buiters, Wirtschaftsprofessor an der Universität von Cambridge, kommentierte: Die ganze Aktion sei nichts weiter gewesen „als ein Geschenk der Steuerzahler der Industriestaaten an die Reichen“ (Martin und Schumann 1997: 69). Das hohe Risiko, das die Anleger eingingen, wofür sie auch entsprechend hohe Renditen kassierten, wurde also von den Steuerzahlern bzw. der Allgemeinheit abgedeckt. Der Nutzen blieb privatisiert, der Schaden wurde sozialisiert. Die Operation Peso Shield war nach Martin und Schumann „ein dreister Raubzug gegen die Steuerkasse der zahlenden Länder zugunsten einer vermögenden Minderheit“ (Martin und Schumann 1997: 69). Die Operation Peso Shield zeigt in aller Deutlichkeit die neuen Spielregeln der postfordistischen Weltwirtschaft auf. *Die politischen Systeme scheinen die zentrale Aufgabe zu haben, mithilfe der Bretton-Woods-Organisationen den internationalen Finanzmarkt und die Interessen des Großkapitals zu schützen.* Entscheidungen von höchster weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Bedeutung werden als einsame Beschlüsse von wenigen mächtigen Einzelpersonen außerhalb jeglicher parlamentarischer und demokratischer Kontrolle getroffen.

### Steuerpolitik und *The Race to the Bottom*

Die Dynamik der zunehmenden Verschärfung sozioökonomischer Disparitäten wird aber auch durch wesentlich weniger dramatische, gleichsam stille und von der Öffentlichkeit kaum bemerkte Prozesse der Umverteilung getragen. Ein wichtiger Faktor ist hier die Steuerpolitik. Seit Anfang der 1980er-Jahre kann etwa in Österreich eine im Zeitverlauf zunehmende Umverteilung zugunsten von Unternehmensgewinnen und zulasten von Löhnen festgestellt werden (vgl. Abbildung 6).

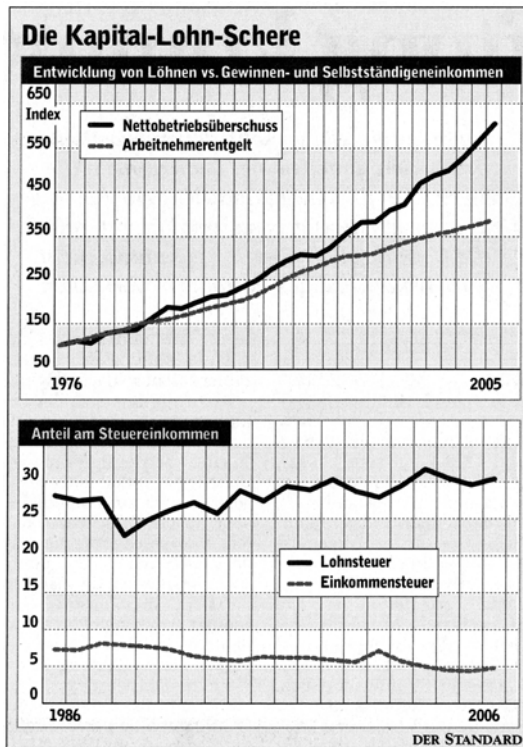


Abbildung 6: Die „Kapital-Lohn-Schere“ (Quelle: *Der Standard*, 14./15.06.2006: 24).

Verlierer sind die Arbeitnehmer und besonders der Mittelstand; Unternehmensgewinne und selbstständige Einkommen weisen dagegen erhebliche Wachstumsraten auf. Die Lohnquote (der Anteil der Löhne am Volkseinkommen) ist in Österreich von fast 78% im Jahr 1978 auf 63% (2004) gesunken (Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz 2005: 253–276), der Anteil der Lohnsteuer am gesamten Steuereinkommen ist jedoch steigend. Der Anteil der Einkommens-, Kapitalertrags- und Körperschaftssteuer sinkt hingegen und wird nach Meinung von Experten dem Finanzminister 2006 deutlich weniger einbringen als geschätzt. Als Folge dieser Steuerpolitik öffnet sich eine Schere zwischen Arbeitnehmerentgelt auf der einen sowie Gewinn- und Selbstständigeneinkommen auf der anderen Seite.

Die Gestaltung und Kalibrierung des Steuersystems ist aber ein Regelungsbereich, für den der Staat und die Politik grundsätzlich weitgehend autonome Handlungsspielräume besitzen und unerwünschten Entwicklungen gegensteuern könnten. Unter den Rahmenbedingungen einer neoliberalen Weltmarktordnung ist hier jedoch ein Phänomen zu beobachten, das als „race to the bottom“ bezeichnet wird (Obinger, Wag-

schal und Kittel 2003: 421). Die Konkurrenz der Staaten um mobile Faktoren (Kapital, Unternehmen) verursacht einen Steuer- und Abgabensenkungswettbewerb, der auf längere Sicht eine zunehmende Einschränkung der Staatstätigkeit zur Folge hat und dazu führt, dass Unternehmensgewinne und Kapitalerträge immer weniger besteuert, Lohnsteuer und Konsumabgaben – gleichsam als Kompensation für diese Einnahmeausfälle – hingegen erhöht werden. Dieser Prozess führt auch zu einer zunehmenden Erosion der Mittelschicht, welche die Hauptlast der Lohnsteuer zu tragen hat.

Die beiden Beispiele für Prozesse der Umverteilung von unten nach oben, die Routinen der Problembehandlung bei Währungskrisen und die Steuerpolitik, legen es nahe, etwas genauer über die Frage nach den Zusammenhängen zwischen dem ökonomischen und dem politischen System nachzudenken. Zuvor soll aber versucht werden, einige Charakteristika des Neoliberalismus wenigstens näherungsweise und in aller Kürze darzustellen.

## Der real existierende Neoliberalismus

Neoliberalismus ist heute ein unscharfer Sammelbegriff für verschiedene, zum Teil gar nicht wirklich vergleichbare weltanschauliche, ökonomische und politische Doktrinen und Theorien, der vor allem von seinen Gegnern und Kritikern verwendet wird. Die Vertreter des frühen Neoliberalismus (vgl. Wegmann 2002), die den Begriff Neoliberalismus auch als gemeinsame Selbstbezeichnung verwendeten (Colloque Walter Lippmann, Paris, 1938, Mont Pèlerin Society, gegründet 1947), vertreten die Auffassung, dass ein starker und unabhängiger Staat durch marktkonforme Interventionen den Wettbewerb und die Verteilungsgerechtigkeit sichern solle. Man darf also nicht übersehen, dass auch der *Ordo-Liberalismus*, die *Soziale Marktwirtschaft* und die *Ökosoziale Marktwirtschaft* in die Familie der neoliberalen Doktrinen einzuordnen sind. In weiterem Sinne können auch Ökonomen wie DeLong, Stiglitz oder Sen, die sich sehr kritisch gegenüber der Handlungspraxis neoliberaler Politik und der Bretton-Woods-Institutionen oder dem Washington-Konsens geäußert haben, als Neoliberale bezeichnet werden. Auf geistes- und dogmengeschichtliche Hintergründe kann hier jedoch nicht näher eingegangen werden.

Aus heutiger Sicht ist der *real existierende* und ökonomisch wie politisch wirksame Neoliberalismus (im engeren Sinne) besonders durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

- eine ausgeprägte Bindung an die Neoklassik und den Monetarismus;

- das Bemühen, den Einfluss des Staates zurückzudrängen und die Kräfte des (Welt-)Marktes zur Geltung kommen zu lassen;
- eine ausdrückliche Gegnerschaft zum Keynesianismus;
- Vertrauen in die Bretton-Woods-Institutionen (IWF, BIZ, WTO);
- grundsätzlicher Glaube an das Trickle-down-Theorem.

Das *Trickle-down-Theorem* (von Kritikern despektierlich als „Rossäpfel-Theorie“ bezeichnet) ist dabei ein besonders wichtiges Element für die *Begründung* einer politischen Umsetzung der neoliberalen Doktrin. Es besagt, dass grundsätzlich *alle* Bevölkerungsschichten von einem Wirtschaftsaufschwung und einem Wirtschaftswachstum profitieren. Selbst wenn zunächst nur der allgemeine Wohlstand der Reichen wächst, müsse dieser Wohlfahrtseffekt über kurz oder lang letztlich auch in die unteren Schichten einer Gesellschaft *durchsickern*.

Bedauerlicherweise sprechen die empirischen Befunde aber eindeutig *gegen* das Trickle-down-Theorem. Auf allen Maßstabsebenen der Betrachtung, von der globalen Ebene bis hinunter zum Einzelbetrieb, kann als empirisch gesicherte Regelmäßigkeit festgestellt werden, dass die gegenwärtige Dynamik der Ökonomie ausnahmslos zur Polarisierung und zur Entstehung von Disparitäten führt. Das Trickle-down-Theorem hält einer empirischen Überprüfung nicht stand und muss verworfen werden. Dass die Verfechter des real existierenden Neoliberalismus dennoch hartnäckig seine Gültigkeit behaupten (oder daran vielleicht wirklich glauben), kann als einer der entscheidenden Geburtsfehler der neoliberalen Doktrin angesehen werden. Als Geburtsfehler werden hier Thesen, Behauptungen und Forderungen der neoliberalen Doktrin bezeichnet, die sich empirisch als nicht haltbar erwiesen haben oder in der Praxis nur selektiv angewendet werden.

Den zweiten Geburtsfehler sehe ich in der These von der Gleichheit und Eigenverantwortlichkeit des Individuums. In Wahrheit sind Menschen aber *nicht* gleich und haben daher auch nicht die gleichen Chancen, sich im ökonomischen Wettbewerb des Alltagslebens erfolgreich durchzusetzen. In dieser unhaltbaren Vorannahme trifft sich der Neoliberalismus übrigens mit dem real existierenden Sozialismus der Vergangenheit. Es wird daher immer einen nicht unerheblichen Teil menschlicher Populationen geben, die spezifischer Unterstützung bedürfen, um unter den Bedingungen der Marktwirtschaft überleben zu können.

Ein dritter Geburtsfehler des real existierenden Neoliberalismus ergibt sich aus seiner konkreten Umsetzungspraxis. Von den Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) wird auch im Sinne des *Post-Washington-Consensus* selbstverständlich erwartet, dass alle Freihand-

delsbeschränkungen aufgegeben werden und die Liberalisierung der Ökonomie konsequent umgesetzt wird. USA und EU nehmen demgegenüber aber mit Selbstverständlichkeit hoch elaborierte Subventionssysteme für die Landwirtschaft in Anspruch. Am 1. 7. 2006 wurde die Ministerkonferenz der WTO (Doha-Runde) in Genf frühzeitig für beendet erklärt, weil die USA keinerlei Bereitschaft zeigten, den Forderungen der G-20 (Entwicklungs- und Schwellenländer unter Führung von Indien und Brasilien) zur Absenkung der Importzölle auf landwirtschaftliche Produkte entgegenzukommen. Gerade in der EU ist in letzter Zeit ein ausgesprochener Wirtschaftspatriotismus zu beobachten, der von der Sache her zwar durchaus verständlich erscheint, den Prinzipien des Neoliberalismus aber klar widerspricht. Einzelne Mitgliedsstaaten der EU versuchen mit immer neuen rechtlichen Kniffen, nationale Konzerne vor Aufkäufern aus dem Ausland in Schutz zu nehmen (vgl. Causa E.ON-Endesa).

Damit in Zusammenhang ist ein viertes Problemfeld zu nennen, bei dem ein klarer Widerspruch zwischen den quasi axiomatischen Vorannahmen und der Handlungspraxis des Neoliberalismus auffällt. Die freie Marktwirtschaft basiert auf der Voraussetzung eines uneingeschränkten Wettbewerbs. Unter den Entwicklungsbedingungen einer neoliberalen Ökonomie ist in der Praxis die Ausbildung von Oligopolen und Monopolen aber kaum zu verhindern. Die aktuelle Entwicklung auf dem Bankensektor, der Automobilindustrie, der Pharmaindustrie oder der Medienwirtschaft kann dies eindrucksvoll belegen. Das neoliberale Dogma der freien Marktwirtschaft wird damit zum Feind der freien Marktwirtschaft. Der Turbokapitalismus frisst seine eigenen Kinder.

## Die ethische Begründung des Neoliberalismus

Ein besonders bedeutsames Charakteristikum des real existierenden Neoliberalismus ist das Faktum, dass seine politische Durchsetzung immer wieder – und prinzipiell durchaus sehr plausibel – *ethisch* begründet wird. Als eindrucksvolles Beispiel führt Harvey (2005a: 7) einen Text an, den George W. Bush in einer Pressekonferenz des Präsidenten am 13. 4. 2004 vorgetragen hat: „Freedom is the Almighty’s gift to every man and woman in this world. And as the greatest power on the face of the Earth, we have an obligation to help the spread of freedom.”

“This official mantra (repeatedly advanced by the administration and the military) that the supreme achievement of the preemptive invasion

of Iraq has been to render the country ‘free‘ is echoed throughout much of the media in the US and appears to be a persuasive argument (...)“  
(Harvey 2005a: 7).

Harvey zeigt dann am Beispiel der Dekrete, die Paul Bremer, Chef der Coalition Provisional Authority, am 19. 9. 2003 erlassen hatte, wie derartige Freiheitsforderungen im Irak umgesetzt und konkretisiert wurden. Die Dekrete, die als rechtliche Grundlagen zur Umsetzung eines Wirtschaftsplanes für den Irak anzusehen sind, umfassten

“(...) the full privatization of public enterprises, full ownership rights by firms of Iraqi businesses, full repatriation of foreign profits (...), the opening of Iraq’s banks to foreign control, national treatment for foreign companies and (...) the elimination of nearly all trade barriers. The orders were to apply to all arenas of the economy, including public services, the media, manufacturing, services, transportation, finance, and construction (...) The right to unionize and to strike, on the other hand, were strictly circumscribed. A highly regressive ‘flat tax’ (...) was also imposed.”

(Harvey 2005a: 7).

Vor diesem Hintergrund fällt es sehr schwer, der folgenden Interpretation Harveys *nicht* zuzustimmen:

“What the US evidently seeks to impose by main force on Iraq is a full-fledged neo-liberal state apparatus whose fundamental mission is to facilitate conditions for profitable capital accumulation. The sorts of measures that Bremer outlined according to neo-liberal theory, are both necessary and sufficient for the creation of wealth and therefore for the improved well-being of whole populations.”

(Harvey 2005a: 8).

Harvey weist darauf hin, dass die Gleichsetzung von politischer Freiheit und der Freiheit des Marktes und des Handels schon immer ein grundlegendes Element neoliberaler Argumentation war und die Diskursposition der USA gegenüber dem Rest der Welt nachdrücklich bestimmt hat.

## Klassenkampf von oben?

Die am Beispiel des Irak (aber auch in Chile, im Thatcherismus und in der Reaganomics und heute letztlich global) erkennbaren Entwicklungslinien neoliberaler Politik werden von David Harvey, der eine ausdrücklich marxistische Position vertritt, gleichsam verschwörungstheoretisch interpretiert. Er sieht den Neoliberalismus als Projekt, das von



Anfang an darauf abzielte, in einer neuen Form des Klassenkampfes alle Macht und allen Reichtum dem obersten Stratum der Populationen zuzuführen (Harvey 2005a: 10). Und er insistiert, dass etwas, das aus seiner Sicht wie Klassenkampf aussieht und wie Klassenkampf funktioniert, auch als Klassenkampf (von oben) bezeichnet werden sollte (Harvey 2005a: 49). Im Gegensatz zu anderen Kritikern des Neoliberalismus, die von einer zunehmenden Bedeutungslosigkeit des Staates ausgehen, betont Harvey die wichtige Rolle, die dem Staat und seinen Institutionen dabei zukommt. Er zeigt sehr überzeugend, dass die eigentliche Pointe der aktuellen Entwicklung der Weltgeschichte darin besteht, dass der Staat von den Institutionen der Geldwirtschaft und den führenden Exponenten des Großkapitals mit Hilfe der Empfehlungen und Problemlösungsrezepturen der Mainstream-Ökonomie gleichsam dazu instrumentalisiert werden konnte, die Rahmenbedingungen für eine besonders effiziente Form der Kapitalakkumulation zu schaffen und zu legitimieren. Der dadurch entstehende Umverteilungsprozess wird von ihm als "Accumulation by Dispossession" bezeichnet (vgl. auch Harvey 2005b).

Eine derartige Interpretation unterstellt, dass neoliberale Politik *absichtsvoll und intentional* die Interessen der Finanzwirtschaft und des Großkapitals auf Kosten anderer Segmente der Ökonomie und auf Kosten des weitaus überwiegenden Teils der Menschheit vertritt.

Diese Deutung erscheint mir jedoch nicht überzeugend. Es leuchtet einfach nicht ein, dass sozialdemokratische oder eher links stehende Regierungen (wie die ehemalige Rot-Grüne Koalition in Deutschland oder die Labour-Regierung von Tony Blair) die ausdrückliche Intention haben sollten, bewusst gegen die Interessen ihres eigenen Klientels zu agieren und absichtsvoll einen Klassenkampf von oben zu fördern. Denn auch derartige Regierungen folgen weitgehend den Vorgaben des Neoliberalismus. Ich möchte der Interpretation Harveys deshalb eine alternative und aus meiner Sicht plausible These entgegensetzen.

### Eine Gegenthese aus der Perspektive der Politischen Ökonomie

Diese Gegenthese lautet: Die gegenwärtige Entwicklung der Weltwirtschaft ist die *nicht intendierte Folge* der Bemühungen des Politiksystems zur Stabilisierung der Volkswirtschaften unter den Rahmenbedingungen der Globalisierung. Die aktuellen Krisenlagen und insbesondere die Dynamik der Polarisierung und die Verschärfung von Disparitäten sind das Ergebnis von Systemfehlern der neoliberalen Theorie und vor allem

eine Folge der Abhängigkeit der Politik von *politischen Gütern zweiter Ordnung*. Das empirisch leider allzu gut belegbare Faktum der Umverteilung von unten nach oben ist dabei nicht *Zielsetzung*, sondern gleichsam ein Betriebsunfall, der sich aus der Eigendynamik des etablierten Systems ergibt, von den Nutznießern aber natürlich gerne entgegengenommen wird.

Die wichtigsten System- oder Geburtsfehler der neoliberalen Doktrin wurden oben bereits angesprochen. Sie führen mit Notwendigkeit dazu, dass die beschriebene räumliche wie soziale Polarisierungsdynamik entsteht, obwohl dies von den Vertretern der Doktrin keineswegs intentional angestrebt ist. Die Gleichgewichtsphantasien der Neoklassik, die von Kritikern bereits als „Weltreligion“ bezeichnet wird (Krätke 1999, vgl. dazu Kreisky 2001:39), scheinen sich als blinder Fleck der Mainstream-Ökonomie so massiv auszuwirken, dass der globale Betriebsunfall der Disparitätendynamik (und eine Reihe anderer Probleme wie die globale Ressourcenverschwendung) nicht zur Kenntnis genommen wird. Und deshalb hören die Regierenden dieser Welt von ihren Beratern immer den gleichen Therapieverschlagn zur Lösung der Wirtschaftsprobleme: die konsequente Umsetzung der neoliberalen Doktrin.

Das zweite und vielleicht noch bedeutsamere Erklärungsmoment der Gegenthese bezieht sich auf jene motivierenden und handlungsleitenden Kräfte innerhalb des Politiksystems, die ich in Ermangelung eines eingeführten und gängigen Fachbegriffs als *politische Güter zweiter Ordnung* bezeichnen möchte. Unter *öffentlichen Gütern* versteht man in der Regel gesellschaftliche Problemlagen, für deren Lösung Politiker vom Volk durch Wahlen beauftragt werden. Diese Güter wie Sicherheit, funktionierendes Bildungssystem, Gesundheitssystem, Vollbeschäftigung, Rechtssicherheit, Infrastruktur etc. können auch als *Dimensionen von Wohlfahrt (bzw. des Gemeinwohls)* bezeichnet werden. Es handelt sich um Güter, von deren Nutzung niemand ausgeschlossen werden kann. Ihre Produktion wird als Aufgabe des Staates und seiner Institutionen angesehen. Deshalb wird oft auch angenommen, dass die primäre Intentionalität der Regierenden in der Herstellung und Optimierung eines ausgewogenen Systems dieser öffentlichen Güter zu sehen ist. In der Literatur werden diese Güter deshalb auch als *politische Güter* bezeichnet (vgl. z. B. Jansen, Priddat und Stehr).

In der *Neuen politischen Ökonomie* (vgl. z. B. Downs 1968, Kirsch 1997, Behrends 2001) geht man hingegen davon aus, dass Regierende, Staatsbürokratie und Interessenvertretungen in Wahrheit nicht die allgemeine Wohlfahrt maximieren wollen, *sondern in erster Linie ihren eigenen Nutzen*. Dieser Eigennutzen der Regierenden ist die eigentliche

Triebkraft ihres Handelns und stellt den Kern ihrer primären Intentionalität dar. Die Handlungslogik des politischen Systems ist also vor allem auf die Produktion von Gütern ausgerichtet, die ich (um eine Verwechslung mit politischen Gütern qua öffentliche Güter zu vermeiden) als *politische Güter zweiter Ordnung* bezeichne. Dabei handelt es sich in erster Linie um die Maximierung von Wählerstimmen und von Budgetmitteln, um Nutzen für die eigene Klientel sowie um Loyalitätsbezeugungen (Posten und Positionen, Einnahmequellen) für Funktionäre und Mitarbeiter. Im öffentlichen Diskurs und in den Parteiprogrammen ist davon natürlich nicht die Rede. Hier wird ausschließlich die Produktion politischer Güter erster Ordnung versprochen.

Vertreter des politischen Systems würden natürlich argumentieren, dass die Produktion politischer Güter zweiter Ordnung gleichsam ein notwendiges Übel sei. Nur im Besitz dieser Güter habe man schließlich Definitions- und Gestaltungsmacht und könne die eigentlichen Ziele und Programme verwirklichen, nämlich die parteispezifisch angestrebte Variante von Wohlfahrt. Dieses Argument ist natürlich einleuchtend, erklärt aber weder die Eigendynamik des Systems, welche den Eigenutzen der Herrschenden grundsätzlich in den Vordergrund politischen Handelns rückt, noch die Umfärbung der Schlüssel- und Machtpositionen eines Staates bei einem Regierungswechsel.

Die Umsetzung der neoliberalen Doktrin bietet nun den Regierenden besonders hochwertige Produktionspotenziale für politische Güter zweiter Ordnung. Diese zweite Erklärungskomponente kann auch plausibel machen, warum der Neoliberalismus in den letzten Jahren und Jahrzehnten sowohl von eher rechten als auch von eher linken Regierungen aufgegriffen und in der wirtschaftspolitischen Handlungspraxis realisiert wurde. Über verschiedene ethische und ökonomische Begründungen lassen sich unter Verweis auf die neoliberale Doktrin Wählerstimmen maximieren. Der auch von Präsident Bush immer wieder angesprochene Bezug zu Freiheit und zur Selbstbestimmung und Eigenverantwortung des Individuums rekurriert auf besonders hochrangige Wertvorstellungen unseres (und besonders des amerikanischen) Gesellschaftssystems. Diese Freiheit könne nur durch eine *offene Gesellschaft* gewährleistet werden, deren Mitglieder vom Staat nicht bevormundet werden. Weil der Staat ein schlechter Unternehmer sei, müssten Staatsbetriebe privatisiert und möglichst viele vormals vom Staat und seinen Institutionen angebotene Leistungen dereguliert werden. Durch die Verweise auf Sparsamkeit, einen schlanken Staat, die Förderung der Tüchtigen und Fleißigen (gerade in den USA oft verbunden mit einem Bezug auf religiös-konservative Werte) und den – auf den ersten Blick

durchaus plausibel erscheinenden – Slogan „Geht es der Wirtschaft gut, geht es uns allen gut“ lassen sich breite Bevölkerungsschichten motivieren und überzeugen. Besonders hohe Potenziale für die Produktion politischer Güter zweiter Ordnung lassen sich durch Nutzenfunktionen für das Klientel Großkapital und Finanzwirtschaft aufbauen. Sie revanchieren sich damit, dass dem politischen System Einfluss, Macht, Beratungs- und Führungspositionen sowie Finanzmittel geboten werden.

Für die Regierenden ist die Umsetzung der neoliberalen Doktrin also ein ausgesprochen gutes Geschäft.

### **Ethik und Governance als Problemlösung?**

In der Literatur und in öffentlichen Diskursen wird bereits seit geraumer Zeit die Hoffnung geäußert, man müsse und könne die gegenwärtigen Problemlagen der ökonomischen Entwicklung durch eine *neue Ethik* in den Griff bekommen (vgl. z. B. Lenk und Maring 1992, Ulrich 1996). Die Jahrestagung 2006 der Deutschen Gesellschaft für Humanökologie war genau diesem Thema gewidmet. Tatsächlich sind seit einigen Jahren auch im Wirtschaftssystem ernsthafte Bemühungen zu erkennen, ethische Normen der Betriebsführung auszuarbeiten, das Stakeholder-Konzept ausdrücklich zu berücksichtigen oder Öko- und Ethik-Fonds aufzulegen.

Insgesamt gesehen und im Vergleich mit dem Gesamtsystem der Wirtschaft stellen derartige Bemühungen jedoch leider eine vernachlässigbare Größe dar. Zudem erscheint die Suche nach universellen ethischen Prinzipien zur Bewältigung der globalen Problemlagen als ein extrem schwieriges Unterfangen mit niedriger Erfolgswahrscheinlichkeit. Ein erstes Argument zur Begründung dieser Skepsis ist der Verweis auf den Wertpluralismus der Weltgesellschaft. Selbst in einem kleinen Staat wie Österreich ist die Pluralität der Weltanschauungen, Lebensstile und Subkulturen derart ausgeprägt, dass die Möglichkeit der Durchsetzung eines universell gültigen und von allen akzeptierten ethischen Normensystems extrem unwahrscheinlich erscheint. Ein vielleicht noch wichtigeres Argument ist das Faktum, dass die Ökonomie heute nicht nur die Politik übertrumpft, sondern ihre Handlungsmaximen sich gleichsam zu einer *Ersatzethik* entwickelt haben. Shareholder Value und das Erzielen von Höchstrenditen haben sich zu normativen Vorgaben der ökonomischen Rationalität entwickelt, die weit über alle anderen Handlungsnormierungen stehen. Wenn die Top-Manager einer deutschen Bank stolz darauf verweisen, dass sie eine zweistellige Dividende ausschütten können und für das Folgejahr eine noch höhere Rendite

versprechen, weil sie mehrere Tausend Arbeitsplätze wegrationalisieren wollen, wird klar, wo das Gravitationszentrum der funktionell wirksamen aktuellen Wirtschaftsethik liegt.

Überdies muss angemerkt werden, dass wir Menschen im Stande sind, das Verhältnis von Ethik, Werten und Handeln argumentativ äußerst flexibel zu handhaben. Menschliche Subjekte verfügen über ein sehr großes und überaus kreativ einsetzbares Repertoire argumentativer Bewusstseinsakte, mit deren Hilfe nahezu beliebige Zusammenhänge oder Kausalbeziehungen zwischen Sinnstrukturen und Handlungen hergestellt werden können (vgl. dazu z. B. Weichhart 1986). Mit *ethischen Begründungen* lassen sich deshalb die grauenhaftesten Handlungen rechtfertigen. Die Attentäter vom 11. 9. oder Baader-Meinhoff waren ethisch motivierte Subjekte.

Ein anderer Vorschlag zur Lösung der angesprochenen aktuellen Problemlagen bezieht sich auf neuere Überlegungen zur Modernisierung der Ordnungspolitik. Bei der Suche nach neuen Formen globaler Steuerung wird in den letzten Jahren nämlich ausdrücklich auf Global-Governance-Konzepte und die aktive Beteiligung einer internationalen Zivilgesellschaft verwiesen. Im Kontext dieser Diskussion bezeichnet *Governance* generell das Steuerungs- und Regelungssystem gesellschaftlicher Strukturen und wird gleichsam als Gegenbegriff zu *Government* verwendet (vgl. Kjaer 2004, Schuppert 2005 oder Hohn, Lötscher und Wiegandt 2006). Man geht hier davon aus, dass die gesellschaftliche Entwicklung nicht nur vom Staat, sondern auch von der Privatwirtschaft und dem dritten Sektor (Vereine, Interessenvertretungen, NGOs) gesteuert wird. Dabei spielen Diskurs- und Aushandlungsprozesse, Netzwerkbeziehungen sowie informelle und weiche Interaktionsformen eine wichtige Rolle.

Viele Autoren setzen hohe Erwartungen in die kontrollierende, mäßige und auf Gerechtigkeit drängende Kraft des dritten Sektors, der durch seine Beteiligung an Governance-Netzwerken auch zur Lösung der vom Neoliberalismus verursachten Problemlagen beitragen sollte. Tatsächlich konnten NGOs wie Greenpeace, Attac oder „Gerechtigkeit jetzt!“ zum Teil erstaunliche Erfolge im Kampf gegen Umweltzerstörung und Turbokapitalismus (z. B. Ächtung der Kinderarbeit) erreichen.

Dennoch muss man realistischere sehen, dass zivilgesellschaftliche Aktivitäten alleine – so wichtig und wertvoll sie auch sein mögen – die vom real existierenden Neoliberalismus verursachten Probleme sicher nicht lösen können. Im Vergleich mit den Machtpositionen, dem Durchsetzungs- und Beharrungsvermögen der Wirtschaft sind auch die größten Erfolge der NGOs nicht mehr als harmlose Nadelstiche, die

zwar Aufsehen in der Öffentlichkeit und Irritationen der Mächtigen bewirken, aber keinesfalls das Potenzial besitzen, ernsthafte Systemänderungen in Gang zu setzen. Die Machtasymmetrie der Zivilgesellschaft gegenüber Wirtschaft und Politik ist allzu eklatant. Man muss auch bedenken, dass die Wirkung einer kritischen Gegenöffentlichkeit in hohem Maße auf die Unterstützung der Medien angewiesen ist und deren Logik berücksichtigen muss. Und schließlich sind auch NGOs von Finanzmitteln abhängig, was ihren Wirkungsgrad und ihre Unabhängigkeit beeinträchtigen kann. Man darf auch nicht vergessen, dass Zivilgesellschaft sowohl in ihren Organisationsformen als auch in ihren Zielen sehr heterogen ist und nicht selten durch elitäre Strukturen gekennzeichnet ist, die im Gegensatz zu basisdemokratischen Ansprüchen stehen.

Was bleibt uns also? Nicht mehr als die Hoffnung auf die Vernunft und einen grundlegenden Wertewandel. Gegen den ersten Hoffnungsschimmer spricht leider der Verlauf der Menschheitsgeschichte, gegen den zweiten die überwältigende Dominanz ökonomischer Sinnkriterien. Der Wiener Philosoph Konrad Paul Liessmann hat es sehr pointiert so formuliert:

„Der Sinn der (kapitalistischen) Ökonomie liegt also darin, keinen anderen Sinn mehr anzuerkennen als den, der ihr selbst zugrunde liegt und das bedeutet, alles dem Markt-Code ‚Zahlen‘/‚Nichtzahlen‘ zu unterwerfen. Die Ökonomisierung aller Lebensbereiche ist nur ein Beispiel für die Durchsetzung aller Segmente der Gesellschaft mit dem Sinnkriterium der Wirtschaft, das alle anderen Zielsetzungen menschlichen Handelns außer Kraft setzt.“

(Liessmann 2005: 19)

Und dennoch: Wenn ganz große weiße Haie des Turbokapitalismus, George Soros, Bill Gates und Warren Buffett, sehr nennenswerte Teile ihres unvorstellbaren Privatvermögens in humanitäre Stiftungen eingebracht haben, dann deutet sich hier doch eine Art Bankrotterklärung der monistischen Sinnstruktur der Ökonomie an.

## Danksagung

Für konstruktive und kritische Anmerkungen zum vorliegenden Text habe ich Christian Reiner und Clemens Wieser (beide Wien) herzlichst zu danken.

## Literatur

- Atlas der Globalisierung*. 2003. Le Monde diplomatique und taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Berlin.
- Beck, U. 1997. *Was ist Globalisierung?* Suhrkamp (= Edition Zweite Moderne), Frankfurt am Main.
- Behrends, S. 2001. *Neue Politische Ökonomie. Systematische Darstellung und kritische Beurteilung ihrer Entwicklungslinien*. Suhrkamp (= WiSo-Kurzlehrbücher, Reihe Volkswirtschaft), München.
- Bökemann, D. 1982. *Theorie der Raumplanung. Regionalwissenschaftliche Grundlagen für die Stadt-, Regional- und Landesplanung*. Oldenbourg (= Oldenbourgs Lehr- und Handbücher der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften), München und Wien.
- Bruckmeier, K. und W. Serbser 2006. Ethik und Umweltpolitik: Humanökologische Positionen und Perspektiven. *GAIA*, 15/1: 75-77.
- Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz 2005. *Bericht über die soziale Lage 2003-2004*. Wien.
- Bush, G. W. 2004. *President Addresses the Nation in Prime Time Press Conference*. Pressekonferenz am 13. 4. 2004. URL: <http://www.whitehouse.gov/news/re-leases/2004/04/20040413-20.html> (29.06.2006).
- Downs, A. 1968. *Ökonomische Theorie der Demokratie*. J. C. B. Mohr, Tübingen.
- Gelbmann, N. 2002. *Geldwirtschaft*. Wien. Unveröffentlichtes Vortragsmanuskript.
- Giddens, A. 1995. *Konsequenzen der Moderne*. Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft 1295, Frankfurt a. M.
- Harvey, D. 2005a. *Spaces of neoliberalization: towards a theory of uneven geographical development*. Hettner-Lecture 2004 with David Harvey. (= Hettner-Lectures, Vol. 8), Stuttgart.
- Harvey, D. 2005b. *A Brief History of Neoliberalism*. Oxford University Press, Oxford.
- Hohn, U., L. Lötscher und C.-C. Wiegandt 2006. Governance – ein Erklärungsansatz für Stadtentwicklungsprozesse. *Berichte zur deutschen Landeskunde*, 80: 5-15.
- Jansen, St. A., B. P. Priddat und N. Stehr (Hrsg.) im Druck. *Die Zukunft des Öffentlichen. Multidisziplinäre Theorie-Perspektiven für eine Öffnung der Diskussion des Öffentlichen*. Verlag f. Sozialwissenschaften (= Zuschriften der Zepelin University zwischen Wirtschaft, Kultur und Politik), Wiesbaden.
- Kirsch, G. 1997. *Neue Politische Ökonomie*. Werner, Düsseldorf.
- Kjaer, A. M. 2004. *Governance*. Polity Press (= Key Concepts), Cambridge und Malden.
- Knox, P. L. und S. A. Marston 2001. Humangeographie. In H. Gebhardt, P. Meusbürger und D. Wastl-Walter (Hrsg.). Spektrum Akademischer Verlag (= Spektrum Lehrbuch), Heidelberg und Berlin.

- Krätke, M. R. 1999. Neoklassik als Weltreligion? In Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Hrsg.) *Die Illusion der neuen Freiheit. Realitätsverleugnung durch Wissenschaft*. Offizin (= Kritische Interventionen 3), Hannover: 100-144.
- Kreisky, E. 2001. Ver- und Neuformung des politischen und kulturellen Systems. Zur maskulinen Ethik des Neoliberalismus. *Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen*, Heft 4/2001: 38-50.
- Lenk, H. und M. Maring (Hrsg.) 1992. *Wirtschaft und Ethik*. Reclam (= Reclam Nr. 8798), Ditzingen.
- Liessmann, K. P. 2005. Sinn und Werte der Ökonomie. In M. Tomaschek (Hrsg.) *Management und Spiritualität: Sinn und Werte in der globalen Wirtschaft*. Kamphausen, Bielefeld: 10-27.
- Martin, H. P. und H. Schumann 1997. *Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand*. Rowohlt, Reinbek bei Hamburg.
- Obinger, H., U. Wagschal und B. Kittel (Hrsg.) 2003. *Politische Ökonomie. Demokratie und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit*. Leske und Budrich (= UTB Politikwissenschaft), Opladen.
- Scholz, F. 2005. The Theory of Fragmenting Development. *Geographische Rundschau. International Edition. Vol. 1, No. 2*: 4-11.
- Schuppert, G. F. (Hrsg.) 2005. *Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand und Entwicklungslinien*. Nomos (= Schriften zur Governance-Forschung, Bd. 1), Baden-Baden.
- Task Force on Inequality and American Democracy, American Political Science Association (Hrsg.) 2004. *American Democracy in an Age of Rising Inequality*. URL: <http://www.apsanet.org/imgtest/taskforcereport.pdf> (01.06.2006).
- Ulrich, P. (Hrsg.) 1996. *Ethik in Wirtschaft und Gesellschaft: 24 Lehrinhalte zu Grundfragen des Wirtschaftens, Lebens und Arbeitens; mit Kopiervorlagen, Materialien und Unterrichtsdispositionen*. Verlag f. Berufsbildung, Saarländer AG, Aarau.
- Wegmann, M. 2002. *Früher Neoliberalismus und europäische Integration*. Nomos, Baden-Baden.
- Weichhart, P. 1986. *Das Erkenntnisobjekt der Sozialgeographie aus handlungstheoretischer Sicht*. Geographica Helvetica, 41: 84-90.
- Weichhart, P. 1997. Sozioökonomische Rahmenbedingungen der „Neuen Regionalplanung“. *SIR-Mitteilungen und Berichte*, 25: 9-21.
- Weichhart, P., H. Fassmann und W. Hesina 2005. *Zentralität und Raumentwicklung*. (= ÖROK-Schriftenreihe Nr. 167), Wien.